

Armenien:

Innen- und außenpolitische Perspektiven

DANIEL MIKIRYAN

Bachelor of Arts Politikwissenschaft, Praktikant am Karl-Renner-Institut von Mai bis Juli 2024

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Die innenpolitische Lage in Armenien ist seit dem verlorenen Krieg gegen Aserbaidschan um Bergkarabach im Herbst 2020 und vor allem seit der gewaltsamen Einnahme der Region im September 2023 extrem angespannt.
- Seit Monaten finden Proteste mit mehreren Tausend Teilnehmer:innen unter der Führung des Erzbischofs Bagrat Galstanjan statt. Ziel ist der Sturz der Regierung Nikol Paschinjans.
- Die Regierung verfolgt einen zentristisch-liberalen und proeuropäischen Kurs. In der Opposition befinden sich u.a. die Armenische Revolutionäre Föderation, eine sozialistische und zugleich nationalistisch agierende Partei, sowie nationalkonservative Kräfte.
- Nach den Kriegen mit Aserbaidschan steht ein Friedensabkommen im Raum. Einer der Knackpunkte ist die Forderung Aserbaidschans nach einem Korridor zu seiner Exklave Nachitschewan über armenisches Territorium.
- Der Südkaukasus befindet sich aufgrund seiner geopolitischen Lage im Spannungsfeld zwischen den externen Mächten Russland, Türkei, Iran und der USA und deren widerstreitenden Interessen. Armenien geht auf Distanz zu Russland und gab den Austritt aus der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) bekannt.
- Die EU möchte im Südkaukasus Frieden, Energiesicherheit und Demokratisierung gewährleistet sehen. Armenien nähert sich zunehmend der EU an und hat den Beitritt als langfristiges Ziel verkündet.
- Aufgrund seiner geographischen Lage ist Armenien eine ausgeglichene Außenpolitik zu empfehlen, die auch eine weitere Annäherung an die EU verfolgen soll. Ziel ist ein nachhaltiger Frieden im Südkaukasus – vor allem zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Im Sommer 2018 bahnte sich mit dem Regierungswechsel in Armenien die Hoffnung an, dass sich das Land demokratisieren, die Korruption bekämpfen und sich dem Westen annähern könne. In jenem Jahr kam im Zuge der sogenannten Samtenen Revolution mit Premierminister Nikol Paschinjan ein Politiker an die Macht, der das Ziel verfolgt, die langjährige Abhängigkeit Armeniens von Russland zu verringern. Der verlorene Krieg um Bergkarabach 2020 gegen Aserbaidschan und die Flucht von über 100.000 Armenier:innen im September 2023 haben eine innenpolitische Unruhe verursacht, die bis zum heutigen Tag andauert.

Protestwelle gegen die Regierung

Die Unruhe manifestiert sich in regelmäßigen Protesten gegen die Regierung. Die Demonstrant:innen werfen ihr Untätigkeit und Versagen vor und machen sie für den Verlust von Bergkarabach verantwortlich. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant:innen und der Polizei, bei denen es Dutzende Verletzte gibt. Die Protestierenden fordern eine härtere Gangart gegenüber Baku und kritisieren die Friedensbemühungen Paschinjans mit Aserbaidschan und der Türkei. Dementsprechend wird von den Protestierenden auch der Rücktritt Paschinjans gefordert.

Als Ursache für die aktuelle Protestwelle gilt die Abtretung von vier Grendörfern in der Provinz Tawusch im Nordosten Armeniens an Aserbaidschan. Es handelt sich um jene Dörfer, die in den 1990er Jahren im Zuge des Bergkarabach-Konflikts von Armenien eingenommen wurden. Das Gebiet umfasst eine Größe von 6,5 Quadratkilometern. Der Abtretung ist eine Vereinbarung zwischen Armenien und Aserbaidschan über die Festlegung des Grenzverlaufs vorangegangen. Das Abkommen sieht auch die friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten und die Rückgabe von unrechtmäßig besetztem Gebiet vor. Demnach müssen in Zukunft noch weitere Gebietsabtretungen beiderseits erfolgen. Zudem besitzt Armenien östlich des Sewanesees die Exklave Arzwaschen, die aktuell von Aserbaidschan kontrolliert wird.

Zur Führungsfigur der Proteste avancierte mit Bagrat Galstanjan ein Geistlicher der Armenisch-Apostolischen Kirche, der die Funktion eines Erzbischofs hat. Während andere Geistliche distanzieren sind, gilt Galstanjan als menschennah und sozial, was seine Führungsrolle in den Protesten erklären kann. Aufgrund der Tatsache, dass das Vertrauen von Teilen der Bevölkerung in die Politik schwindet, hilft es Galstanjan als Geistlichem, Sympathie in der Bevölkerung zu erringen.

Die wesentlichen politischen Kräfte Armeniens

An dieser Stelle gilt es, einen Überblick über die politischen Kräfteverhältnisse und die Parteienlandschaft zu geben. Die derzeitige Regierung Armeniens wird von der zentristischen Partei „Zivilvertrag“ gebildet, deren Vorsitzender Nikol Paschinjan ist. Gemeinsam auf der Wahlliste mit „Zivilvertrag“ trat 2021 auch die sozialdemokratische Kleinpartei „United Labour Party“ an, die nun über einen Sitz in der Nationalversammlung verfügt. Zivilvertrag hat insgesamt 71 von 107 Sitzen im Parlament inne. Die Partei ist als proeuropäisch, zentristisch, reformorientiert und liberal einzustufen. Zivilvertrag hat sich besonders den Menschenrechten, der Korruptionsbekämpfung, der Stärkung der Wirtschaft und dem Umweltschutz verschrieben.

Aktuell hält die parlamentarische Opposition mit dem Bündnis „Armenien“ sowie dem Bündnis „Ich habe Ehre“ bei 36 von 107 Sitzen und hat daher nicht die nötige Mehrheit im Parlament, um ein

Amtsenthobungsverfahren gegen Paschinjan einzuleiten. Das Bündnis „Armenien“ wird vom ehemaligen Staatspräsidenten Robert Kotscharjan (1998-2008) angeführt. Neben mehreren Kleinparteien wird es hauptsächlich von der Armenischen Revolutionären Föderation (ARF) getragen. Die ARF, auf Armenisch auch Daschnakutjun genannt und 1890 gegründet, ist eine der ältesten Parteien des Landes, von ihrer politischen Ausrichtung sozialistisch und Mitglied der Sozialistischen Internationale. Darüber hinaus hat die ARF einen Beobachterstatus in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) inne. Mit der SPE gibt es ideologische Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede, da die ARF kaum Konzepte für Gleichstellung oder Umweltschutz hat. Vor allem jedoch liegt der Fokus der ARF sehr stark auf nationalen Werten und dem Pannationalismus, der speziell auf die armenische Diaspora ausgerichtet ist.

Das zweite Oppositionsbündnis mit dem Namen „Ich habe Ehre“ steht unter der Führung von Artur Wanezjan. Dieses nationalkonservative Bündnis vereint die Republikanische Partei Armeniens und die Vaterlandspartei. Die Republikanische Partei Armeniens stellte mit dem ehemaligen Präsidenten Sersch Sargsjan bis 2018 die Regierung und gilt als äußerst prorussisch. Undemokratische Strukturen und zahlreiche Korruptionsfälle führten zum friedlichen Sturz der Regierung im Zuge der Samtenen Revolution im Jahr 2018.

Der Konflikt mit Aserbaidshan und Knackpunkte für einen Friedensschluss

Im seit den 1990er Jahren ungelösten Konflikt um Bergkarabach (seit 2027 Republik Arzach) setzte Aserbaidshan im Herbst 2020 sowie im September 2023 auf den Einsatz von militärischen Mitteln zur Durchsetzung seiner Interessen. Nachdem ein Waffenstillstandsvertrag unter Vermittlung Russlands am 9. November 2020 die aserbaidshanische Offensive und somit den 44-Tage-Krieg beendet hatte, kam es in den darauffolgenden Jahren immer wieder zu Schusswechseln an der vereinbarten Waffenstillstandslinie und zu Vorstößen der aserbaidshanischen Armee in armenisches Territorium. Schließlich eröffnete Aserbaidshan im September 2023 die militärische Großoffensive gegen Bergkarabach, die die Vertreibung der dort lebenden über 100.000 Armenier:innen einleitete und mit der vollständigen Eroberung der Region endete. Wie zuvor im 44-Tage-Krieg 2020 war die Bevölkerung Bergkarabachs Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Seither kommt es an der Grenze immer wieder zu Zwischenfällen, deren Anzahl aber abnimmt.

Dennoch strebt die Regierung Paschinjan nicht zuletzt aufgrund des Ziels der Annäherung an die EU eine dauerhafte Friedensvereinbarung mit Aserbaidshan an. Dieses fordert als Bedingung eine Änderung der Verfassung Armeniens, da diese laut dem aserbaidshanischen Staatspräsidenten Ilham Alijew Ansprüche auf das Territorium seines Landes erhebt. Gemeint ist das festgelegte Statut der Vereinigung Bergkarabachs mit Armenien. Die Türkei hat sich der Forderung Aserbaidshans bereits angeschlossen. Paschinjan hat Bereitschaft für diese Verfassungsänderung signalisiert und erhofft sich davon, nicht nur einem Friedensabkommen mit dem Nachbarstaat näherzukommen, sondern vor allem auch einen größeren Angriff auf das eigene Territorium abwenden zu können.

Die Gefahr besteht jedoch, dass die Friedensbemühungen und das Wohlwollen Armeniens in Baku als Signale der Schwäche wahrgenommen werden, sodass Alijew weiterhin militärischen Eroberungsphantasien anhängen könnte. Dementsprechend sehen die Opposition und die

Kritiker:innen Paschinjans in dieser Verfassungsänderung ein zu großes Entgegenkommen. Die Angst, dass das Nachbarland einen groß angelegten Angriff auf Armenien durchführen könnte, ist nicht unbegründet, auch wegen zahlreicher Aussagen von Präsident Alijew. Dieser bezeichnet die heutige Republik Armenien als historisch aserbajdschanisches Gebiet, als West-Aserbajdschan, und zweifelt somit die rechtmäßige Existenz des Nachbarlandes an.

Dennoch wurden in den letzten Monaten einige wenige kleine Fortschritte in den Beziehungen zwischen Armenien und Aserbajdschan erreicht. Es fanden Gefangenenaustausche zwischen den beiden Ländern statt, und Armenien hat Aserbajdschan Karten für die Minenräumung übergeben. Außerdem erklärten beide Länder, dass es eine historische Chance auf Frieden gebe.

Einer der weiterhin bestehenden Streitpunkte zwischen den beiden Staaten ist die Organisation und Bewachung des sogenannten Sangesur-Korridors, der das Kernland Aserbajdschan mit dessen Exklave Nachitschewan verbinden und dabei durch das Staatsgebiet Armeniens im Süden in der Provinz Sjunik führen soll. Im Waffenstillstandsvertrag vom 9. November 2020 wurde die Errichtung von Verkehrsverbindungen festgelegt. Diese Vereinbarung wurde unter dem Druck des Krieges von Paschinjan unterzeichnet, um die Kämpfe in Bergkarabach zu beenden und weitere Opfer zu vermeiden, da die aserbajdschanischen Streitkräfte kurz davor waren, die Hauptstadt Bergkarabachs Stepanakert einzunehmen. Die Drohung Alijews im April 2021, den Korridor nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen, hat den Druck auf Armenien erhöht. Aktuelle Streitfrage ist, wo insbesondere der Eisenbahn-Korridor verlaufen und wer die Verkehrsverbindungen bewachen soll. Aserbajdschan möchte freien Durchgang ohne Kontrolle Armeniens. Die Sorge Jerewans, dass bei einem uneingeschränkten – das heißt nicht durch die armenische Armee bewachten – Korridor Waffen transportiert werden, ist aufgrund der unverhohlenen geäußerten militärischen Absichten Alijews nachvollziehbar.

Das Verhältnis Armenien–Russland

Der Südkaukasus befindet sich aufgrund seiner geopolitischen Lage im Spannungsfeld zwischen den externen Mächten Russland, Türkei, Iran und der USA.

Die derzeitige armenische Regierung unter Nikol Paschinjan gilt im Kreml aufgrund ihrer prowestlichen Ausrichtung als nicht wohlgesonnen gegenüber Moskau. Jahrzehntlang hat Russland vom Bergkarabach-Konflikt profitiert, da es zum einen Waffen an beide Seiten verkaufen konnte und zum anderen Spielraum in den Beziehungen zu Armenien und Aserbajdschan hatte, die sich beide Unterstützung durch Russland erhofften. Somit konnte es seine Interessen im Südkaukasus bewahren und als Vermittler auftreten. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags wurden russische Soldaten an die Grenzen Bergkarabachs als „Friedenstruppen“ verlegt, die im September 2023 im Zuge der Vertreibung der Armenier:innen wieder abgezogen wurden.

Auf armenischer Seite überwiegt derzeit die Enttäuschung über Russland. Der Kreml hat weder 2020 noch 2023 die Angriffe Aserbajdschans auf die Republik Artsach verurteilt oder gar verhindert. Dementsprechend waren nach dem verlorenen Krieg 2020 nur mehr 30 % der armenischen Bevölkerung positiv gegenüber Russland eingestellt, nachdem es vor sechs Jahren noch 86 % gewesen waren.

Die Regierung Paschinjan hat daraus erste Konsequenzen gezogen und am 22. Februar 2024 die Mitgliedschaft Armeniens in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) eingefroren. Die OVKS ist das von Russland geführte Gegenstück zur NATO und zählt weitere ex-sowjetische Staaten wie Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan zu ihren Mitgliedern. Die Regierung begründete den Schritt zum einen damit, dass Russland der Beistandsverpflichtung nicht nachgekommen sei und Armenien nicht vor den Angriffen Aserbaidshans geschützt habe. Zum anderen habe Belarus während des Krieges im Herbst 2020 Waffen an Aserbaidshans geliefert. Am 12. Juni 2024 schließlich kündigte Armenien den Austritt aus dem Militärbündnis an, ließ aber den Termin offen. Die FSB-Grenztruppen Russlands, die zuvor für die Bewachung der Grenzen Armeniens zu Aserbaidshans zuständig waren, zogen bereits ab.

Russland bleibt jedoch ein wichtiger Wirtschaftspartner Armeniens, da es wichtige Monopole hält, vor allem im Energie- und Infrastruktursektor. Armenien ist fast vollständig von russischen Gaslieferungen abhängig. Sollte Jerewan eine weitere Annäherung an den Westen suchen, könnte Russland mit einer drastischen Erhöhung der Energiepreise reagieren und somit starken Schaden anrichten. Um widerstandsfähiger zu sein, strebt Armenien nach einer Diversifizierung seiner Beziehungen nicht nur im Wirtschafts-, sondern auch im Sicherheitsbereich. Das gab der Sekretär des Sicherheitsrates, Armen Grigoryan, Anfang Juli bekannt.

Die Grenzsicherungen zu den Nachbarländern Türkei und Aserbaidshans sowie die wirtschaftliche Abhängigkeit vom großen Nachbarn isolieren Armenien geopolitisch. Russland ist sich dessen bewusst und hat in der Vergangenheit – auch aus wirtschaftlichen Gründen – der Kooperation mit Aserbaidshans den Vorzug gegenüber seiner Rolle als Schutzmacht Armeniens gegeben.

Die Rolle der Türkei, des Iran sowie der USA

Neben Russland ist die *Türkei* die einflussreichste externe Macht im Südkaukasus. Sie unterhält sehr gute Beziehungen zum „Bruderstaat“ Aserbaidshans. In der Propaganda beider Staaten heißt es oft: „Ein Volk – zwei Staaten“. Die Türkei verfolgt das Ziel, ihren Einfluss im Südkaukasus weiter auszubauen und unterstützt Aserbaidshans militärisch, beispielsweise mit der Lieferung von Drohnen oder der Ausbildung von aserbaidshansischen Streitkräften. Aus diesem Grund würde auch die Türkei davon profitieren, wenn Aserbaidshans die Durchführung des Korridors durch armenisches Staatsgebiet nach Nachitschewan gelingen sollte. Als Anhänger des Panturkismus hofft Erdogan auf eine Landverbindung mit dem Kernland Aserbaidshans, nicht nur um vom Ölreichtum zu profitieren, sondern auch um die Zusammenarbeit mit den Turkstaaten vertiefen zu können, indem das Tor über das Kaspische Meer zu den Ländern Zentralasiens geöffnet wird. Die historisch belasteten Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien bestärken ohnehin die panturkistische Agenda Ankaras.

Die dritte Macht, die im Südkaukasus ihre eigenen Interessen verfolgt, ist der *Iran*. Das Land möchte im Falle der Schaffung eines Korridors zwischen dem Kernland Aserbaidshans und Nachitschewan seine Landverbindung zu Armenien nicht verlieren. Zudem sieht er im Erstarken des Panturkismus die Gefahr einer Sezession der im Iran lebenden Aserbaidshanser:innen. Sie stellen mit 16 % der Gesamtbevölkerung die größte Minderheit. Der Iran betrachtet Armenien als engen Verbündeten, hat aber wiederholt verkündet, dass Bergkarabach zu Aserbaidshans gehöre, aber die Rechte und die

Sicherheit der dort lebenden Armenier:innen gewahrt werden müssten. Teheran ist besorgt, dass Aserbaidschan Südarmenien einnehmen und dadurch der Iran die gemeinsame Grenze zu Armenien verlieren könnte. Es hat daher Streitkräfte in den Norden verlegt und die Bereitschaft verkündet, auch militärisch einzugreifen, falls Aserbaidschan die territoriale Integrität Armeniens verletzen sollte.

Die USA haben ein Interesse an Frieden im Südkaukasus und der Errichtung des Korridors, der durch den Süden Armeniens führen soll. Die USA erhoffen sich die Öffnung von Märkten und Handelsrouten, die von Zentralasien über Armenien in die Türkei, zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer führen sollen. Armenien soll dabei als Transitland Osteuropa mit Zentralasien verbinden und Russland umgehen. Gerade angesichts der zunehmenden Annäherung Georgiens an Russland ist es für die USA wichtig, auf Armenien als verlässliche Option für den Warenverkehr setzen zu können. Armenien wiederum hat im Zusammenhang mit seiner teilweisen Abkehr von Russland Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen zum Westen, auch zu den USA. Jüngst wurden gemeinsame Übungen von armenischen und US-Streitkräften abgehalten, was die Zusammenarbeit mit dem Westen weiter verstärken soll.

Das Verhältnis EU-Armenien

Die EU verfolgt das Ziel, nachhaltigen Frieden im Südkaukasus zu fördern, und bietet sich dafür als Vermittlerin an. EU-Ratspräsident Charles Michel, aber auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz haben zu diesem Zweck wiederholt Treffen zwischen Vertreter:innen Armeniens und Aserbaidschans, auch zwischen Paschinjan und Alijew, organisiert. Zudem wurde im Februar 2023 mit der European Union Mission in Armenia (EUMA) eine zivile Mission eingerichtet, die die Lage an der Grenze zwischen den beiden südkaukasischen Staaten beobachten soll. Frieden im Südkaukasus soll auch die Energieversorgung der EU gewährleisten, zumal Aserbaidschan ein bedeutender Gaslieferant ist, während Georgien als Transitland fungiert. Darüber hinaus gehört eine anhaltende Demokratisierung der drei ex-sowjetischen Staaten zu den langfristigen Zielen der EU in der Region.

Armenien ist eines der Partnerländer im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU, in deren Rahmen es bereits mit 600 Millionen Euro für Investitionen in Infrastrukturprojekte unterstützt wurde. Am 1. März 2021 trat das „Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits“ in Kraft. Seit Juli 2024 wird zwischen Brüssel und Jerewan auch über die Visaliberalisierung verhandelt.

Die Vollmitgliedschaft Armeniens in der EU stand in Brüssel bis vor kurzem kaum zur Debatte. Im März 2024 hielt das Europäische Parlament allerdings in einer Resolution fest, dass Armenien berechtigt ist, ein Beitrittsansuchen zu stellen.

Vertreter:innen der Regierung Paschinjan haben mehrfach das Ziel der EU-Mitgliedschaft des Landes verkündet. Der Beitritt gilt jedoch nur als ein sehr langfristiges Ziel, da Armenien noch auf längere Sicht nicht die Voraussetzungen erfüllen wird und die EU ohnehin derzeit nur beschränkt in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Allerdings verzeichnet das Land seit 2018 Erfolge in der Demokratisierung des politischen Systems und der Institutionen und unternimmt weitere

Anstrengungen, Verträge mit der EU abzuschließen, die die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit vertiefen sollen.

Zu bedenken gilt jedoch, dass rund 300 Verträge, die unter den prorussischen Regierungen Armeniens, also vor der Amtszeit Paschinjans, mit Russland unterzeichnet wurden, für eine Annäherung an die EU hinderlich sind, wie das Beitrittsabkommen zur Eurasischen Wirtschaftsunion von Oktober 2014 sowie mehrere Vereinbarungen im Sicherheitsbereich.

Perspektiven für Armenien

Es bleibt abzuwarten, ob Aserbaidschan weiter in der Position des Stärkeren seine Maximalforderungen durchsetzen und Armenien Schritt für Schritt weitere Zugeständnisse abringen kann, ohne die Absicht zu haben, einen echten Friedensvertrag abzuschließen. Der Politikwissenschaftler Davit Harutyunov ist davon überzeugt, dass das Interesse Bakus an einem Friedensvertrag nachgelassen hat, nachdem die Frage um Bergkarabach gelöst wurde. Allerdings brächte eine nachhaltige Friedenslösung beiden Seiten Vorteile, da sie eine Öffnung der Grenzen und die Wiederaufnahme von Handelsrouten ermöglichen würde.

Auch im Lichte dessen ist es im Interesse Armeniens, sich weiter der EU anzunähern, ohne gleichzeitig die Beziehungen zu Russland komplett abzubrechen, um Nachteile in der wirtschaftlichen Versorgung des Landes zu verhindern. Unter der Voraussetzung, dass die proeuropäischen Kräfte in Armenien gestärkt werden, braucht es eine schrittweise Anpassung der politischen und gesellschaftlichen Standards an die Vorgaben der EU. Ein höheres Ausmaß an Stabilität sowie an innergesellschaftlicher Zufriedenheit ist das Ziel.

Zu erwarten ist, dass Regierungschef Paschinjan trotz der Proteste weiter an der Macht bleiben und dementsprechend der proeuropäische Kurs des Landes fortgesetzt wird. Es bleibt offen, ob die Annäherung an den Westen die notwendigen Bedingungen dafür schafft, Armenien aus der geopolitischen Isolation zu helfen, oder sie zur Verschlechterung der Beziehungen zu Russland führt. Aufgrund seiner geographischen Lage und der geopolitischen Gemengelage würde Armenien am meisten von einer ausgeglichenen Außenpolitik profitieren. Von besonderer Bedeutung ist ein nachhaltiger Frieden im Südkaukasus, der die Zersplitterung der Region im Machtfeld der Interessen der Großmächte aufhalten soll. Dieser Frieden hängt aber nicht nur vom Willen Armeniens ab, sondern vor allem auch vom militärisch überlegenen Aserbaidschan.

Weiterführende Links und Literatur

- Aravot (2024): ԱՄՆ-ի հետաքրքրությունը Չարավային Կովկասում չի սահմանափակվում միայն Չայաստանում տեղակայվելով, այն ունի նաև տարածաշրջանային ռազմավարություն. հայացք Բաքվից, abrufbar unter: <https://www.aravot.am/2024/07/08/1431279/>.
- Azg (2024): Պաշտոնական Բաքուն կորցրել է խաղաղության պայմանագրի շուրջ հետաքրքրությունը. այն, կարծես, երկրորդական բան է դարձել. Քաղաքագետ, abrufbar unter: <https://azg.am/politic/պաշտոնական-բաքուն-կորցրել-է-խաղաղութ/>.

- Dumoulin, Marie (2024): Setting boundaries: The fallout of Armenia's border agreement with Azerbaijan. In: European Council on Foreign Relations, abrufbar unter: <https://ecfr.eu/article/setting-boundaries-the-fallout-of-armenias-border-agreement-with-azerbaijan/>.
- European External Action Service (2024): About European Union Mission in Armenia, abrufbar unter: https://www.eeas.europa.eu/euma/about-european-union-mission-armenia_en?s=410283.
- Grigoryan, Harutyun (2019): Analyse: Armenisch-russische Beziehungen: Geschichte, Realität und Beweggründe der beiden Partner. In: Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-367/286949/analyse-armenisch-russische-beziehungen-geschichte-realitaet-und-beweggruende-der-beiden-partner/>.
- Hofmann, Tessa (2024): Berg-Karabach. In: Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/224129/berg-karabach/>.
- Keetman, Jan (2024): Paschinjan will sich abnabeln. Armenien versucht, unabhängiger von Russland zu werden. In: Jungle World, abrufbar unter: <https://jungle.world/artikel/2024/11/armenien-russland-paschinjan-will-sich-abnabeln>.
- Kraft, Ekkehard (2023): Osmanismus und Opportunismus – die fortgesetzten Rätsel von Recep Tayyip Erdogans Aussenpolitik. In: Neue Zürcher Zeitung, abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/meinung/neosmanismus-und-opportunismus-erdogans-aussenpolitik-id.1734710>.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2024): Bergkarabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, abrufbar unter: <https://osteuropa.lpb-bw.de/bergkarabach-konflikt>.
- Niebergall, Nina (2024): Weshalb Armenier den nächsten Krieg fürchten, abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/armenien-aserbaidschan-bergkarabach-krieg-100.html>.
- Pekesen, Berna (2014): Panturkismus. In: Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, abrufbar unter: <https://www.ieg-ego.eu/de/threads/transnationale-bewegungen-und-organisationen/internationale-organisationen-und-kongresse/pan-ideologien/berna-pekesen-panturkismus>.
- Petrossian, Gurgen/Babaian, Sarah/Zakarian, Arlette (2022): Berg-Karabach. Eine völkerrechtliche Analyse des Konflikts um Arzach. Nomos: Baden-Baden.
- Rat der Europäischen Union (2024): Beziehungen EU-Armenien, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/armenia/>.
- Sammut, Dennis (2023): Is this the EU's last chance to bring peace and reconciliation to Armenia and Azerbaijan? In: European Policy Centre, abrufbar unter: <https://epc.eu/en/Publications/Is-this-the-EUs-last-chance-to-bring-peace-and-reconciliation-to-Arme~543a80>.
- Vardanyan, Edgar (2020): Political ideologies of Armenian political parties according to their programs. In: Political Dialogue, abrufbar unter: https://political.am/storage/uploads/files/eng_print.pdf.
- Zartok (2024): Pashinyan Calls For New Armenian Constitution On Constitution Day Amid Azerbaijani Demands, abrufbar unter: <https://zartokmedia.com/2024/07/05/pashinyan-calls-for-new-armenian-constitution-on-constitution-day-amid-azerbaijani-demands/>.